

---

FDP Neukirchen

## **WIEBKE KNELL BESUCHT VEYX-PHARMA UND DISKUTIERT HERAUSFORDERUNGEN IN DER VETERINÄRPHARMAZIE**

22.06.2023

---

**BEI EINEM BESUCH DES VETERINÄRPHARMAZEUTISCHEN FAMILIENUNTERNEHMENS VEYX-PHARMA IN SCHWARZENBORN ERHIELT DIE HEIMISCHE FDP-LANDTAGSABGEORDNETE WIEBKE KNELL SPANNENDE EINBLICKE IN DIE THEMEN ERNÄHRUNG UND PFLEGE VON NUTZ- UND HOBBYTIEREN. GEMEINSAM MIT ARMIN HESS, GESCHÄFTSFÜHRER VON VEYX-PHARMA, TAUSCHTE SIE SICH ÜBER BESTEHENDE UND AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN IN DER BRANCHE AUS.**

Veyx-Pharma, ein international tätiges mittelständisches Unternehmen, hat sich auf die Gesunderhaltung und Leistungsfähigkeit von Tieren spezialisiert. Das Unternehmen legt großen Wert auf regionale Wertschöpfung und baut derzeit einen neuen 300 Quadratmeter großen Entwicklungs- und Forschungsbereich mit Laboren und Büros in Schwarzenborn. Ein zentrales Thema, das bei dem Treffen diskutiert wurde, sind die starren bürokratischen Vorgaben, mit denen Unternehmen wie Veyx-Pharma konfrontiert sind.

Heß berichtete aus seiner langjährigen Erfahrung als Unternehmer, dass es oftmals an einer wissenschaftlichen oder praxisorientierten Grundlage für gesetzliche Vorgaben und Entscheidungen fehle: „Viele Verordnungen und Gesetze sind praxisfern und orientieren sich an nicht nachvollziehbaren Maßstäben“, beklagte Heß. „In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind bürokratische Belastungen besonders kontraproduktiv für Unternehmen. Wir möchten vor allem die bürokratischen Hürden abbauen und Rahmenbedingungen schaffen, die für Unternehmen attraktiv sind“, erklärte Knell. Sie betonte die Bedeutung einer ausgewogenen und praxisnahen Regulierung, die den Unternehmen Flexibilität bietet und wirtschaftliches Wachstum fördert. „Trotzdem ist die Investition in die derzeitige

Erweiterung auch gleichzeitig ein Bekenntnis zum Standort und drückt unseren Willen aus, langfristig im Markt zu agieren“, sagte Heß.

Knell sicherte zu, die Anliegen und Bedenken von Veyx-Pharma auf politischer Ebene weiterzutragen und sich weiterhin für bürokratische Entlastungen einzusetzen. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Unternehmen abwandern, weil sie wo anders bessere Bedingungen finden“, sagte Knell abschließend.